

Telefon – das unbekannte Wesen

In der DDR hatten bis zu deren Ende nur sechs Prozent aller Privathaushalte einen Festnetz-Anschluss

Von Peter Klinkenberg

Im heutigen Zeitalter des Handy, des Smartphone oder des Tablet ist kaum noch vorstellbar, welche kommunikative „Wüste“ die DDR bis zu ihrem Ende gewesen ist. Hatten im Jahre 1970 lediglich vier Prozent aller Privathaushalte einen Festnetz-Telefonanschluss, so waren es selbst 20 Jahre später, also am Ende des SED-Regimes, lediglich sechs Prozent gewesen. Zur gleichen Zeit hatten in der alten Bundesrepublik bereits 90 Prozent ein Telefon. Wie auf fast allen Feldern interessierten die Bedürfnisse der Bevölkerung die alles beherrschende DDR-Partei wenig oder gar nicht – und das Mobiltelefon war bis zu diesem Zeitpunkt selbst in der alten Bundesrepublik noch nicht „erfunden“.

Technisch befand sich das Telefonnetz der DDR auf dem Niveau der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts und es veraltete im Laufe der Jahrzehnte immer mehr. Neue Anschlüsse wurden jährlich nur in äußerst geringer Zahl installiert. Und diese wurden vorrangig an hohe SED-Funktionäre und wichtige Stützen des Regimes oder anderweitig Privilegierte wie etwa regimenahe Künstler vergeben oder beispielsweise an die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Insbesondere Letzere sollten im Krisenfall ebenso wie die höheren Parteifunktionäre schnellstmöglich erreichbar sein. Gleiches galt für wichtige Mitarbeiter der volkseigenen Betriebe, die rasch ihren Anschluss erhielten.

Millionen von Privatleuten hatten bei der DDR-Post permanent Anträge auf einen Telefonanschluss laufen und das mit Wartezeiten bis zu 15 Jahren – ohne Aussicht auf Erfolg. In den achtziger Jahren griff die DDR-Post daher unter dem ständig steigenden Frust und Druck der Bevölkerung auf eine Notlösung zurück. Sie installierte in geringer Zahl sogenannte Doppelanschlüsse. Dabei mussten sich zwei Teilnehmer einen

Anschluss teilen. Das hatte jedoch zur Folge, dass der eine immer dann nicht telefonieren konnte, wenn der andere gerade ein Gespräch führte. Gleichzeitig waren die wenigen Anschlüsse permanent sehr stark genutzt, denn Nachbarschaftshilfe war angesichts dieser Notlage weit verbreitet nach dem Motto: „Bitte, kann ich mal kurz bei Ihnen telefonieren...“

Die Telefonämter und Schaltzentralen waren jedoch aufgrund ihrer veralteten Technik oft überfordert und funktionierten nur mangelhaft. Häufig brachen Verbindungen abrupt zusammen. Wer daheim kein Telefon besass - wie fast alle - und ein Ferngespräch führen wollte, musste zum örtlichen Postamt gehen und sein Gespräch „anmelden“. Das konnte dort stundenlanges Warten zur Folge haben. Ferngespräche in die Bundesrepublik führen zu wollen, war besonders strapaziös und oft mit sechs oder acht Stunden Wartezeit in öden Postämtern verbunden. Gegen doppelte Gebühr erbaten die Menschen daher oft sogenannte „Eilgespräche“. Zum zehnfachen Minutenpreis klappte es dann mit „Blitzgesprächen“ manchmal binnen weniger Minuten. Aber selbst bei solch teurem Gespräch schaltete sich das Fernamt oft ein und forderte nach drei oder vier Minuten zur Beendigung auf, um die Leitung für die nächsten Wartenden freizubekommen.

In der Spätphase der DDR versuchte die dortige Post immerhin in geringem Umfang, den Selbstwähl-Fernverkehr zunächst innerhalb der DDR einzuführen. Allerdings mit äußerst unzulänglichen Mitteln. Ein Ferngespräch nach Leipzig zu führen erforderte beispielsweise von Erfurt aus eine andere Vorwahlnummer als von Halle an der Saale oder Rostock. Immerhin konnte sich die DDR westdeutschem Druck in den achtziger Jahren nicht länger verschließen und musste sogar Selbstwähl-Ferngespräche von West nach Ost und umgekehrt zulassen. Allerdings zunächst nur in ausgewählten Großstädten wie etwa Leipzig, Dresden oder Ost-Berlin. Dafür wurden jedoch nur sehr wenige Leitungen zur Verfügung gestellt.

So konnte es passieren, dass ein Teilnehmer in Frankfurt am Main selbst morgens um sechs Uhr oft 30 bis 40 mal wählen musste, um endlich den gewünschten Teilnehmer in der DDR zu erreichen. Tagsüber war das häufig ganz unmöglich. Und die

technische Qualität dieser Gespräche war äußerst unzulänglich. So manches Wort ging unter im ständigen Knistern, Rauschen und Knacken.

Auch Fehlleitungen der angewählten Rufnummer passierten öfters. So konnte es geschehen, wie es der Autor dieses Berichts erlebte, dass sich plötzlich in mürrischem Kommando-Ton ein „Major Müller/Ministerium für Staatssicherheit/Halle“ meldete statt der gewünschten Teilnehmerin in Naumburg (Saale). Auf diese Weise als Mithörer entlarvt, knallte der Stasi-Major sofort wütend den Hörer auf die Gabel. Denn selbstverständlich wurde jahrzehntelang der gesamte innerdeutsche Telefonverkehr von Tausenden Stasi-Mitarbeitern abgehört, mitgeschnitten und überwacht.

Als das SED-Regime durch die von Leipzig ausgehende friedliche Revolution im Herbst 1989 binnen weniger Wochen hinweggefegt und die staatliche Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 endgültig Wirklichkeit geworden war, konnte sich die Deutsche Bundespost in den neuen Bundesländern unverzüglich an die Arbeit machen, um die Millionen Anträge auf einen Telefonanschluss zu verwirklichen. Mit der gigantischen Investition von rund 55 Milliarden D-Mark schaffte sie es bereits bis Ende 1995, etwa 90 Prozent aller dortigen Privathaushalte mit einem Festnetz-Anschluss zu versorgen.

Kontakt mit dem Autor: klinkenbergbln@aol.com